

Das Magazin EL ESPECTADOR berichtet am 28.03.2017 über das Gesetzgebungsverfahren für die Übergangsjustiz:

### **Grünes Licht für die Spezialjustiz über den Frieden**

Die Regierung wird in weniger als 15 Tagen dem Kongress einen Gesetzentwurf vorlegen, mit dem die Verfahrensweise der Übergangsjustiz geregelt werden soll.

Mit 97 Jastimmen bei 6 Gegenstimmen hat die Repräsentantenkammer am Dienstag das Gesetz zur Schaffung der Speziellen Justiz für den Frieden verabschiedet, einen zentralen Punkt des Friedensabkommens, das zwischen FARC und Regierung in Havanna unterschrieben wurde.

Es handelt sich um den Mechanismus, der Parameter festlegt für die Aburteilung jener, die verantwortlich sind für Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder für schwere Kriegsverbrechen, die während des bewaffneten Konflikts begangen wurden. Wie Innenminister Juan Fernando Cristo erklärte, bedeutet das grüne Licht des Parlaments „die Konsolidierung des Friedensprozesses, wird seine Umsetzung sowie Demobilisierung und Entwaffnung beschleunigen und schafft damit ein System der Wahrheit, Gerechtigkeit und Entschädigung für die Opfer des Konflikts.“

Was nun folgt, sind die Behandlung der Durchführungsbestimmungen und die Bildung der Gerichte und Kammern, die sich dann mit den Bestimmungen vertraut machen müssen. „In weniger als 15 Tagen werden wir dem Kongress einen Gesetzentwurf vorlegen zur Regelung aller Vorgehensweisen der neuen Übergangsjustiz. Heute empfangen wir eine gute Nachricht für Frieden und Versöhnung“, versicherte Cristo. Nunmehr können auch die fünf Mitglieder der Kommission für die Auswahl der Richter nun tätig werden, um die Kammern zu besetzen.

Laut Innenminister wird Präsident Santos auf der Grundlage des jetzt beschlossenen Gesetzes die Dekrete erlassen, mit denen die Wahrheitskommission und die Behörde zur Suche nach vermissten Personen gebildet werden, die ebenfalls unabdingbar sind für die Umsetzung der Vereinbarungen von Havanna.

Der Gesetzgebungsakt- der noch vom Verfassungsgericht zu prüfen ist- tritt heute in Kraft, und Angelegenheiten, die keiner weiteren Regelung bedürfen, können sofort in Angriff genommen werden. „Der Sekretär für die Übergangsjustiz kann sich z.B. mit der Situation der Militärpersonen befassen, die sich in Haft befinden, die jedoch einige Strafen verbüßt haben und deren Freilassung man nun ins Verfahren bringen kann. Gleiches gilt für die betroffenen Mitglieder der FARC“, erklärte Cristo.